



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/59 - 12. März 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Gesamtdeutsche Universitäten	S. 1
Asiatisch-afrikanisch-deutsche Begegnung	S. 3
Arnold gab das Beispiel / Zum Abkommen über die kontinuierliche Arbeitswoche	S. 5
Flickwerk am Kindergeldgesetz	S. 7

Für offene Tore an Berlins Universitäten

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Mit ihrer Aktion zur "Mobilisierung des Geistes" hat die SPD es verstanden, die Förderung von Wissenschaft und Forschung und die Reform der sozialen Verhältnisse der Studierenden zu einem Hauptgegenstand der Diskussion in der Bundesrepublik zu machen. Auf der Tagung, die der Gesamtdeutsche Ausschuss des Bundestages in der vorigen Woche in Berlin abhielt, musste sich dieser mit einem Sonderproblem in diesem sehr umfangreichen Fragenkomplex befassen: mit der Lage an den beiden Berliner Universitäten, der Freien Universität und der Technischen Universität.

Die Teilung Deutschlands und die Teilung Berlins hat auf diese beiden Universitäten zu der Last, die alle deutschen Hochschulen nach dem Kriege zu tragen haben, noch eine Sonderlast gehäuft. Durch die Teilung Berlins wurde es nötig, im Jahre 1948 in dem freien Teil Berlins eine freie Universität zu errichten, da die alte Berliner Humboldt-Universität im Ostsektor liegt. Es ist eine der grossen Leistungen der Berliner, mit dieser Neugründung einen solchen Erfolg gehabt zu haben, dass aus den ursprünglich 2 - 3000 Studenten heute 9.500 geworden sind. Die Technische Universität, in den Westsektoren gelegen, musste sich aus der totalen Kriegszerstörung hocharbeiten. Sie konnte ihre ursprüngliche Hörerzahl vervierfachen und zählt heute 6000 Studenten.

Mit der Zahl der Studenten wuchs die Zahl der Lehrkräfte, wuchsen die Sachausgaben, wuchsen die Ausgaben für Neubauten bzw. für den Wiederaufbau. Die Finanzlast, die sich daraus für Berlin ergab, war gewaltig, und es gericht der Stadt zur Ehre, dass in ihr die Ausgaben für die Universitäten, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, mehr als zweimal höher liegen als im Durchschnitt der Bundesländer. Natürlich hat der Bund geholfen, direkt und indirekt. Nicht zuletzt sind beträchtliche ERP-Mittel eingesetzt worden. Trotzdem stehen die beiden Universitäten heute vor Schwierigkeiten, aus denen Berlin allein sie nicht befreien kann.

Die Ursache der besonderen Schwierigkeiten liegt wieder einmal in den Folgen, die sich aus der Insellage der deutschen Hauptstadt ergeben. In Westberlin studiert nicht nur die Jugend Westberlins. In ständig

wachsender Zahl kommen die jungen Leute aus dem Ostsektor der Stadt und aus der Zone. Sie sind ihrer jetzt 3000 an der Freien Universität und etwa 1700 an der Technischen Universität. Mit der Konsolidierung der Verhältnisse und der zunehmenden Bedeutung Berlins kommen auch mehr und mehr Studenten aus den westlichen Ländern der Bundesrepublik. Und auch die Ausländer - obschon, was die absolute Zahl angeht (an jeder der beiden Universitäten zwischen 200 und 250), noch sehr wenig - stellen sich von Semester zu Semester zahlreicher ein.

Was könnte uns mehr freuen als eine solche Feststellung? Diese beiden Universitäten sind wirklich gesamtdeutsche Universitäten, "Stätten der Begegnung", von ihnen breitet sich in die "DDR" hinein (die Zonenstudenten bewahren die Verbindung mit ihren Familien und gehen zum Teil nach vollendetem Studium in die Zone zurück) und in die Bundesrepublik hinein ein Geist aus, wie wir ihn für die Wiedervereinigung unseres Landes brauchen. Mehr als irgendwo sonst wissen diese Studenten in Berlin von deutscher Not und deutschen Notwendigkeiten. Die besondere Lage Berlins und der entscheidende Einfluss der Sozialdemokratie haben dazu geführt, dass an diesen Universitäten 60 % der Studierenden mit Stipendien ausgestattet sind, während in den westlichen Ländern der Bundesrepublik nur 14 % mit öffentlichen Mitteln von ihren materiellen Sorgen befreit werden.

Der Zustrom zu den beiden Hochschulen, insbesondere an Oststudenten wuchs schneller als die Aufnahmefähigkeit. Man ist gezwungen, zahlreiche Bewerber um die Immatrikulation abzuweisen. Selbst wenn man Riesenuniversitäten nicht für besonders wünschenswert hält, wird jeder, dem die Wiedervereinigung in Freiheit am Herzen liegt, sich dagegen wenden müssen, dass gerade in Berlin Studenten abgewiesen werden. Die Rektoren der beiden Universitäten und der Sprecher der Kuratorien der beiden Anstalten, der Regierende Bürgermeister Sahr, hatten es leicht, die Mitglieder des Gesamtdeutschen Ausschusses aller Fraktionen von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Zurückweisung von Studenten zu verhindern und den Bund um Hilfe in der durch die Teilung Deutschlands geschaffenen Notlage zu bitten. Um 3,5 Millionen DM Zuschuss für das Haushaltsjahr 1957 will sich der Ausschuss im Bundestag bemühen. Er will weiter dabei mitwirken, dass entsprechend der Anregung der beiden Kuratorien zur Sicherung der Weiterentwicklung der beiden Universitäten ein Dreier-Vertrag zwischen den beiden Universitäten, dem Bund und dem Land Berlin zustandekommt.

Die Aktionen der SPD haben ein günstiges Klima für die Förderung von Wissenschaft und Forschung im allgemeinen geschaffen. Für Berlin gilt es jetzt, im gesamtdeutschen Interesse noch etwas Besonderes zu tun. In Ringen um die Wiedervereinigung müssen wir jeden an den Toren der beiden Berliner Universitäten zurückgewiesenen Oststudenten als Belastung unseres politischen Gewissens empfinden.

* * *

"Gemeinsam können wir Grosses leisten"

I.D. "Noch kennen die Völker einander zu wenig. Die daraus entstehenden Missverständnisse sind oft noch folgenschwerer als Missverständnisse zwischen Staatsmännern." Mit diesen Worten leitete Willi Eichler, Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Begegnung ein, die unter dem Thema 'Der Aufstieg der farbigen Welt' in der Heimvolkshochschule der Stiftung, Bergneustadt, stattfand. Eine Rekordbesucherzahl von 150 Teilnehmern war Beweis für das rege Interesse, das weite Kreise der Bundesrepublik diesen jungen Staaten, die bereits einen wesentlichen Beitrag zur Weltpolitik leisten, entgegenbringen. Die anwesenden Vertreter dieser Nationen kamen aus Kenja, Indien, Indonesien, Ceylon, Burma und dem Sudan. In Referaten, Diskussionsbeiträgen und nicht zuletzt auch in privaten Gesprächen mit den deutschen Teilnehmern - Vertretern der Industrie, der Presse, des Rundfunks, der Gewerkschaften, der beiden Konfessionen und der Politik, trugen sie dazu bei, aufzuklären, zu erläutern und zu berichtigen.

Das Ende des Kolonialzeitalters

Dr. Bannerji, Prof. an der Universität Kalkutta, legte die Grundlage zum Verständnis für die Probleme und Sorgen dieser Völker durch einen kurzen, in ausgezeichnetem Deutsch vorgetragenen Abriss des Entstehens der Freiheitsbewegungen, die allen diesen Ländern eine ähnliche Entwicklung gegeben hatten. Ende des letzten Jahrhunderts hatte dieser Prozess, der das Kolonialzeitalter ein für allemal abschliessen wird, eingesetzt. Er ist das Resultat der Spannungen und Konflikte der europäischen Kolonialländer untereinander und der Schwäche des Kolonialsystems überhaupt. Um der Erhaltung der wirtschaftlichen Macht willen, hatten die "Mutterländer" auch die politische Macht an sich gerissen. Aber zur Sicherung ihrer Positionen hatten sie eines einheimischen Verwaltungsapparates bedurft. Die nun von ihnen geschulten und mit westlichem Gedankengut vertraut gemachten Menschen wurden die Führer der Freiheitsbewegungen, denn sie verstanden der Westen mit seinen eigenen geistigen Waffen zu schlagen. Die einheimischen Kapitalisten, durch die Übermacht der ausländischen Kapitalisten in ihren Aktivitäten beschränkt schlugen sich ebenso auf die Seite der Freiheitsbewegung wie die Arbeiter und das Bauerntum, die genau so der Ausbeutung durch die Kolonialmacht unterlegen waren. Der erste und zweite Weltkrieg beschleunigten zweifellos den Prozess der Schwächung der Kolonialländer und damit der Befreiung vom Kolonialjoch, dessen Zusammenbruch nirgends aufzuhalten sein wird.

Die Bandung-Konferenz der neunundzwanzig afrikanischen und asiatischen Staaten vom April 1955 war der symbolische Ausdruck, dass dieses Kolonialzeitalter seinen Abschluss gefunden hat. Sie war gleichermassen Manifestation der jungen Staaten, dass sie in Gemeinschaft bereit sind, für den Frieden der Welt, für die Befreiung der noch unterdrückten Völker und die Menschenrechte zu kämpfen.

Schwierigkeiten des Aufbaues

Auf die Schwierigkeiten, die sich einem ehemaligen Kolonialstaat in den Weg stellen, wiesen Dr. Godakambura aus Ceylon und R.S. Hardja Pamekas aus Indonesien hin. Über die Wirtschaft dieser Länder hatten

die Kolonialmächte verfügt. Dadurch war Land vielfach für die indonesische Wirtschaft wertlos, die Sozialstruktur nachteilig verändert, die kulturelle Entwicklung unterbrochen und die für den Aufbau wesentlichen Schätze nicht gefördert worden. Viel Hilfe würde nötig sein, um diesen Rückstand aufzuholen. "Wir wollen eure Hilfe," betonte Dr. Godakankura, "doch wollen wir nicht von Euch als eure jüngeren Brüder angesehen werden." In ähnlicher Weise hob Mr. Hardja Pamekas hervor, dass auch seinem Land zuerst die Möglichkeit gegeben werden müsste, seine Schätze zu heben. Koch steht der Reichtum seines Landes nicht im entferntesten im Verhältnis zum Lebensstandard seiner Menschen. Das gross angelegte Regierungsprogramm: von der Kolonialwirtschaft zur Nationalwirtschaft, bedarf dringend der Hilfe von aussen und hier hätte die Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Die Anwesenheit von dreihundert deutschen Ärzten in Indonesien und einige deutsche Wirtschaftsprojekte könnten nur ein Anfang sein.

Auch Mr. Murumbi aus Kenja trat für die Hilfe der Industriestaaten für Afrika ein, doch warnte er vor der Unterstützung der bestehenden Kolonialregime, die in Algerien und Südafrika noch ihre Hochburgen haben. "Investieren Sie nicht in den noch nicht befreiten Ländern. Sie würden sich dadurch mit dem dort herrschenden und die Bevölkerung ausbeutenden Kolonialregime identifizieren. Derartige Investitionen" - und er wies im besonderen auf das Abkommen des Gemeinsamen Europäischen Marktes hin, in dem sich auch die Bundesrepublik zu einem Beitrag für die Entwicklung der Kolonialbesitzungen Frankreichs und Belgiens verpflichtet -, "kommen nicht der afrikanischen Bevölkerung zugute, sondern dienen nur zur Festigung dieser Kolonialregime. Die Profite, durch neue Investitionen vergrössert, werden nur aus dem Lande gezogen werden, dabei benötigen wir sie im Lande dringend zum Aufbau von Schulen, Krankenhäusern, Universitäten und Bibliotheken."

Die Tatsache, dass 13 % des Bodens neun Millionen Südafrikanern zur Verfügung steht, während 2 1/2 Millionen Europäer 87 % des Bodens besitzen, kennzeichnet die Situation in Südafrika. Die Politik des Apartheid kann furchtbare Folgen haben, denn die afrikanischen Menschen werden sich täglich stärker dieser und ähnlicher Ungerechtigkeiten bewusst. Bereits befreite Staaten wie Ghana und das in Kürze freie Nigeria würden zum Vorbild für die noch unterdrückten afrikanischen Staaten werden. "Frieden und Freiheit ist was unsere Staaten am meisten zum Aufbau ihrer Wirtschaft benötigen," schloss Mr. Murumbi.

Hilfeleistungen nur im Rahmen der UNO

Die Darstellung der Lage in den einzelnen Ländern - Kolonien sowohl wie schon befreiten Ländern - hat seinen Eindruck auf die Teilnehmer der Tagung nicht verfehlt. Es hat nach Willi Eichler dazu beigetragen, das auf beiden Seiten bestehende Misstrauen zu überwinden. In der Diskussion kam besonders die Bereitschaft zu uneigennützigem Hilfeleistungen zum Ausdruck, die jedoch nicht im Sinne von Geschenken gegeben werden dürften, sondern die Grundlage für eine echte Partnerschaft bilden sollten. Der Vorschlag der asiatisch-afrikanischen Staaten die zur Verfügung stehenden Mittel durch den Sonderfonds der Vereinten Nationen (SUNFED) zu verwalten und zu verteilen, fand auch bei den deutschen Diskussionsregnern Anklang. Man verstand die Befürchtungen der zu entwickelnden Länder, dass Hilfeleistungen einzelner Staaten

aus eigennützigen Gründen vorgenommen würden und dass sie auch keinerlei Sicherheit darstellten.

Die Ankündigung, dass auch die Friedrich-Ebert-Stiftung ihren Beitrag, wenn auch nur im Rahmen ihrer beschränkten Mittel, zu leisten bereit ist, und dies durch Vergabe von drei bis vier Stipendien an Studenten dieser jungen Staaten zu tun beabsichtigt, wurde vor allen mit Genugtuung aufgenommen. Einzelne Teilnehmer ergänzten dies durch ihr Angebot, Studenten aus diesen Ländern kostenfrei bei sich aufzunehmen. "Wir haben die Rohmaterialien, Ihr die technische Kraft, Gemeinsam können wir Grosse leisten und damit auch den Frieden in der Welt sichern helfen." Dieser Aufruf Josef Kurumbis wird manchem Teilnehmer der Tagung in Bergneustadt als wertvollste Erkenntnis im Gedächtnis bleiben.

* * *

Vergiftung der politischen Atmosphäre

insg. "Gestürzter Sonntag" und "Verfassungsbruch". So wurde die Entscheidung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen über die Ermächtigung an den Arbeits- und Sozialminister zur Genehmigung der kontinuierlichen Arbeitsweise in den SM- und Elektro Stahlwerken wie den mit ihnen im Verbund arbeitenden Blockstrassen in der eisenschaffenden Industrie von CDU-Zeitungen kommentiert. Es ist ganz offensichtlich, dass mit diesen Behauptungen kein Beitrag zu einer sachlichen Diskussion oder objektiven Aufklärung geleistet werden soll, sondern in erster Linie eine Vergiftung der politischen Atmosphäre durch eine Irreführung der über die wirklichen Verhältnisse weniger orientierten Öffentlichkeit angestrebt wird. Ganz eindeutig wird entgegen dem erklärten Willen der Sozialpartner, der Kirchen und der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen durch diese böswilligen Kommentierungen, die offenbar von früheren noch übleren Äusserungen des Bundesfamilienministers Würmeling inspiriert sind, eine sozialpolitische Frage für Kulturkampfzwecke missbraucht.

Fast zum Überdruß wurde bisher bereits von allen sachkundigen Stellen festgestellt, dass die von den Sozialpartnern vereinbarte, mit der Arbeitszeitverkürzung auf 42 Stunden notwendige Änderung des Arbeitsrhythmus den Stahlarbeitern mehr freie Sonntage bringt, als diese in den letzten Jahrzehnten hatten. Die evangelische Kirche hat diese Tatsache auch anerkannt, denn der nordrhein-westfälische Arbeitsminister konnte auf eine Äusserung des Präses der westfälischen Landeskirche verweisen, wonach man in dieser Kirche zu der Auffassung gelangt sei, dass die zukünftige Festlegung von 13 völlig arbeitsfreien Sonntagen eine Ver-

besserung der derzeitigen Verhältnisse bedeute. Nichts anderes war es ja auch, was die Sozialpartner von der beiden Kirchen erwarteten und noch erhoffen: Verständnis für die von ihnen unter dem Zwang der Umstände getroffene Lösung. Es zeugt von einer nicht zu überbietenden Verantwortungslosigkeit gewisser CDU-Politiker und der ihnen hörigen Presse, wenn sie diese Verständnissbereitschaft entweder totschweigen, oder, wo sie noch nicht voll ausgereift ist, sabotieren wollen.

Offenbar wird aber die Chance, durch verlogene Schlagworte wie "gestürzter Sonntag" oder "Verfassungsbruch" die mit den Tatsachen nicht vertrauten Wählermassen aufwiegeln^{zu} können, höher gewertet, als der echte soziale Fortschritt. Dabei muss aber gleichzeitig vermerkt werden, dass diese Kreise damit auch den früheren Ministerpräsidenten und jetzigen stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Karl Arnold desavouieren. Er war es schliesslich, der - in der Sache völlig zu recht - die Sondergenehmigungen für den Modellfall des jetzt so bekämpften Tarifvertrages erteilte. Dabei führten diese Sondergenehmigungen nur zu neuen arbeitsfreien Sonntagen, während der Beschluss der Regierung Steinhoff von 13 arbeitsfreien Sonntagen ausgeht. Aber nicht nur das. Der frühere CDU-Ministerpräsident Arnold hat schliesslich auch der Papier- und Zellstoffwerke "Feldmühle" AG eine Ausnahmegenehmigung für die kontinuierliche Arbeitsweise und damit für die Sonntagsarbeit erteilt, obwohl unumstritten ist, dass dort die Notwendigkeit nicht in dem gleichen Masse vorliegt wie in der Eisen schaffenden Industrie.

Aus dieser nachgiebigen Haltung der früheren CDU-Landesregierung erklärt sich überhaupt erst das von den Gewerkschaften und den Kirchen gemeinsam bekämpfte Bestreben verschiedener Wirtschaftszweige, die Sonntagsarbeit auszuweiten. Die Regierung Steinhoff wird in dieser Hinsicht "nicht leichtfertig" sein. So kann die "Feldmühle" nicht mit einer Verlängerung der Sondergenehmigung rechnen.

Das mag zwar all denen nicht ins Konzept passen, die der sozialdemokratisch geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen etwas am Zeuge flicken wollen, es beweist aber wieder einmal mehr, wie demagogisch die Gegner dieser Regierung die Diskussion führen, und wie gut die sozial-, wirtschafts- und kulturpolitischen Anliegen in dieser SPD-FDP- und Zentrums-Koalition aufgehoben sind.

Ein echter Würmeling

sp - Auch die vierte, von Bundeskabinett dem Bundestag zugeleitete Novelle zum Kindergeldgesetz trägt, wie alle ihre Vorgänger, das Merkmal des Unzulänglichen und Stümperhaften. Sie setzt diesen gegen allen Sachverstand und gegen alle übrigen Parteien von der CDU seinerzeit im Bundestag durchgepeitschtes Machwerk zwar einige Schönheitapflasterungen auf, aber das Ganze gewinnt dadurch nicht mehr Sinngehalt; es bleibt wenn nicht wesentliche, die Substanz berührende Veränderungen erfolgen, auch nach dieser Novelle das schlechteste Kindergeldgesetz in ganz Europa.

Das Kernstück dieser Novelle ist die Erhöhung des monatlichen Kindergeldes von 25,- auf 30,- DM für jedes dritte Kind, ohne an sich begrüssenswerte und schon längst fällig Erhöhung. Sie bildet gewissermassen den Augenfang, der von den krassen Unzulänglichkeiten dieses Gesetzes, der ureigenen Schöpfung Würmelings, ablenken soll. Wie sehr die Bundesrepublik hier im Rückstand im Vergleich zu anderen Staaten liegt, beweisen folgende Zahlen aus den Ländern der Montan-Union: Dort wird für die Zwei-Kinder-Familie gezahlt:

Luxemburg	74,60 DM
Italien	63,30 DM
Frankreich	58,32 DM
(bei Kindern unter 10 Jahren 47,52 DM)	
Belgien	48,92 DM
Niederlande	29,89 DM
Bundesrepublik	kein Kindergeld

Die Vier-Kinder-Familie eines Arbeitnehmers erhält in

Frankreich	222,40 DM
(bei Kindern unter 10 Jahren 190,88 DM)	
Luxemburg	149,20 DM
Belgien	129,14 DM
Italien	106,60 DM
Niederlande	67,36 DM
Bundesrepublik	50,- DM

Am 8. Februar 1956, (laut dpa), also vor über einem Jahr, hatte der Familienminister vor katholischen Publizisten in Dortmund versichert, er werde "noch in diesem Jahr" dafür sorgen, dass das Kindergeld auch schon für das zweite Kind gelten solle. "Wenn nicht gleich, dann schrittweise", fügte er hinzu. Würmeling hielt, wie schon öfter, nicht Wort; sein Versprechen erwies sich als Schaumschlagserei. Die vier-

te Novelle zum Kindergeldgesetz will vom Einbezug des zweiten Kindes nichts wissen; nicht die geringste Andeutung ist enthalten, dass in dieser Hinsicht eine Verbesserung für die Zukunft beabsichtigt sei. So bleibt der aufreizende Tatbestand bestehen, dass die übergrosse Mehrzahl unserer Familien auch weiterhin vom Bezug des Kindergeldes ausgeschlossen ist, ja dass nicht einmal innerhalb des bestehenden Systems alle kinderreichen Familien in den Genuss dieses Zuschusses kommen. So erhält der Generaldirektor Kindergeld vom dritten Kinde an, während die nicht unfallversicherten Putzfrauen, Rentner, Arbeitslose, Angehörige freier Berufe mit drei und noch mehr Kindern leer ausgehen. Die unmögliche Struktur dieses Gesetzes verbietet die gleiche Behandlung aller kinderreichen Familien.

Was besagen schon vor diesem Hintergrunde die in der Novelle vorgesehene Erleichterungen bei der Beitragserhebung, von der künftighin gewerbliche und bäuerliche Betriebe mit unter 6000,- DM Jahreseinkommen befreit werden sollen - übrigens ein alter sozialdemokratischer Vorschlag, gegen den sich die CDU seinerzeit ausdrücklich verschloss. Die Beitragserhebung selbst bleibt nach dem Regierungsentwurf zum grössten Teil dem umständlichen und kostspieligen, Rechtsunsicherheit schaffenden Apparat der Familienausgleichskassen überlassen, statt, was einfacher, billiger und rationeller wäre, den Finanzämtern. Hier siegte Würmeling wiederum auf der ganzen Linie. Die Übertragung der Kindergeldlast auf den Steuerzahler und des Finanzamt entspricht nach seiner Meinung dem sozialistischen und kommunistischen System (1), eine Behauptung, die diesen Mann kennzeichnet und ihn wieder einmal mehr zur Museumsfigur der deutschen Nachkriegszeit ^{ab}stempelt.

Bei dieser vierten Novelle - wie viele werden noch kommen müssen? - stander Einsicht und der Wille, allen Müttern zu helfen, nicht Pate; sie trägt, wie alle ihre Vorgänger, die Züge echt würmelingschen Geistes; sie bringt zwar gewisse, von wahltaktischen Erwägungen diktierte Erleichterungen, lässt aber das Grundübel der ungerichten und unsozialen Behandlung der Mehrzahl unserer Familien bestehen.

+ + +

An unsere Beziesher!

Der "Ostspiegel" des SPD-Pressedienstes veröffentlicht morgen eine Sonderausgabe zum Karich-Prozess. (Die Redaktion)

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel